

714/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 19.10.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

Dringlicher Antrag

Gem. § 74 a Abs. 1 iVm § 93 Abs. 2 GOG-NR

der Abgeordneten Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Christine Marek, Dr. Ferdinand Maier
Kolleginnen und Kollegen
betreffend Wachstum und Beschäftigung für Österreich

Im vergangenen Jahr gelang es der österreichischen Wirtschaft mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,4 % ein mehr als doppelt so hohes Wachstum wie im Durchschnitt des Zeitraums 2001 bis 2003 zu erreichen. Heuer wird ein Wachstum von etwa 1,9 % erwartet. Diese über dem Euroraum liegende Wachstumsrate weist darauf hin, dass Österreich von der Dynamik des Beitritts der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten deutlich mehr profitieren kann als andere Mitgliedstaaten und darüber hinaus die richtige Wirtschaftspolitik verfolgt, um diese Effekte nutzen zu können.

Die höhere wirtschaftliche Dynamik Österreichs in den vergangenen Jahren hat auch dazu geführt, dass Österreichs Bruttoinlandsprodukt pro Kopf innerhalb der EU im Jahr 2004 nunmehr auf dem dritten Platz liegt.

Aber auch die Beschäftigungsdaten zeigen, dass Österreich im EU-Vergleich einen hervorragenden Platz einnimmt. Österreich ist in Bezug auf die Arbeitslosenquote eines der besten fünf Länder in der EU. Bei der Jugendarbeitslosigkeit liegt Österreich an vierbester Stelle.

Rekordbeschäftigung in Österreich - enormer Verlust von Arbeitsplätzen in Wien

Während die Beschäftigung zwischen 1999 und 2004 österreichweit um 92.602 (+ 3,0 %) auf 3.200.500 Beschäftigte gestiegen ist, waren im gleichen Zeitraum im Schlusslicht Wien mit 753.666 um 19.631 (- 2,5 %) Menschen weniger beschäftigt. Das in absoluten Zahlen beste Bundesland - Oberösterreich - schaffte in diesen fünf Jahren eine Steigerung um beachtliche 37.908 (+ 7,2 %) auf 562.252 Beschäftigte. Diese Entwicklung bestätigten leider auch die aktuellen September-Arbeitslosenquoten. Bei einer österreichweiten Arbeitslosigkeit von 6,3 % liegt Oberösterreich mit 3,9 % nahe an der Vollbeschäftigung, während Wien - trotz einer Ausweitung der Schulungsmaßnahmen - die rote Laterne in Bezug auf die Beschäftigungslosigkeit mit 9,2 % trägt.

Aber auch im Wirtschaftswachstum ist Wien jeweils unter den Schlusslichtern zu finden. So betrug das regionale Wachstum in der Steiermark im Jahre 2004 3,8 %, in Wien jedoch nur 0,6 %. Bei der Sachgüterproduktion war Wien das einzige Bundesland, das im Vorjahr ein Minus von 4,2 % verbuchen musste, während andere Bundesländer bis zu einem Drittel

zulegten. Diese Zahlen beweisen, dass es der Bundesregierung allein nicht möglich ist, die wirtschaftlichen Fehlentscheidungen Wiens auszugleichen. Eine gesamtösterreichisch positive Entwicklung hängt auch von wirtschaftspolitischen Maßnahmen ab, die im einzelnen Bundesland getroffen werden.

Die positive Entwicklung Österreichs darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich Österreich als kleine offene Volkswirtschaft von dem insgesamt schwachen konjunkturellen Umfeld Europas nicht abkoppeln kann und deshalb eine gemeinsame Anstrengung aller Mitgliedsstaaten der EU im Sinne der Ziele von Lissabon notwendig ist.

Des Weiteren zeigt sich, dass das Risiko, arbeitslos zu werden, mit steigender individueller Qualifikation deutlich abnimmt. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung dem Nationalrat vor kurzem ein im europäischen Vergleich beispielhaftes Beschäftigungsförderungspaket vorgelegt, mit dem die AMS-Mittel für Qualifizierung um mehr als 30 % - das sind 285 Mio. €- erhöht werden.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten gemäß § 74a Abs. 1 iVm § 93 Abs. 2 GOG NR folgenden

Dringlichen Antrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit wird ersucht, durch Fortführung der erfolgreichen Wirtschaftspolitik für Wachstum und Beschäftigung Österreichs hervorragende Position innerhalb der EU zu festigen und auszubauen.

Darüber hinaus wird der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit ersucht, für eine rasche und effiziente Umsetzung des von den gesetzgebenden Körperschaften beschlossenen Beschäftigungsförderungspaketes durch das AMS zu sorgen.

Aus Sorge um den Arbeits- und Wirtschaftsstandort Wien wird der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit ersucht, mit der Wiener Landesregierung Gespräche über einen zielgerechten Einsatz der öffentlichen Mittel zu führen.

In formeller Hinsicht wird verlangt, diesen Antrag im Sinne § 74a Abs. 1 iVm. § 93 Abs. 2 GOG zum frühest möglichen Zeitpunkt zu behandeln und dem Erstantragsteller Gelegenheit zur mündlichen Begründung zu geben.